

Nachteile von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgleichen.

Politische Überlegungen im Anschluss an die Studien JuCo und KiCo

Sabine Andresen, Anna Lips, Tanja Rusack,
Wolfgang Schröer, Severine Thomas, Johanna Wilmes

Nachteile von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgleichen. Politische Überlegungen im Anschluss an die Studien JuCo und KiCo

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erlebten und erleben erhebliche Einschränkungen durch die Pandemie und darauf bezogene Maßnahmen. In einer akuten Krise stehen Erwachsene in der Verantwortung, Entscheidungen zu treffen, die die Handlungsfähigkeit auch im institutionellen Gefüge des Aufwachsens sichern. Diese Verantwortungsübernahme wird von der jungen Generation i. d. R. akzeptiert, wenn nicht sogar erwartet.

Gleichzeitig sind und bleiben junge Menschen Grundrechtsträger*innen. Sie haben ein Recht auf Schutz, Beteiligung und Förderung. Wenn diese Rechte zeitweise begrenzt, neu gerahmt oder gar ausgesetzt werden, muss dieses auch gegenüber den jungen Menschen legitimiert werden. Darüber hinaus haben sie ein Anrecht auf Informationen und Transparenz darüber, wie ihre Rechte möglichst schnell wieder verwirklicht und gestärkt werden.

Der Faktor Zeit spielt in diesen jungen Lebensphasen eine zentrale Rolle. Ein Jahr im Alltag von jungen Menschen hat eine andere soziale, qualifikatorische, körperliche und persönliche Entwicklungsdynamik als im Erwachsenenalter. Die Folgen der Einschränkungen in der Kindheit und Jugend schreiben sich in den biographischen Verlauf nachhaltig ein. Deswegen gilt es die Folgen abzufedern und auszugleichen. Dazu ist es notwendig, ihre Erfahrungen der letzten Monate in die weiteren Planungen einzubeziehen und ihre altersspezifischen Bedarfe zu berücksichtigen (siehe dazu Andresen/Wilmes 2020). Ein wichtiger Schritt dabei ist es, junge Menschen selbst zu Wort kommen zu lassen, um mit ihnen gemeinsam einen geeigneten Ausgleich zu entwerfen. In diese Richtung zielen die Überlegungen, die der Forschungsverbund Kindheit-Jugend-Familie in der Corona-Zeit¹ im Folgenden insbesondere in Anlehnung an die beiden Onlinebefragungen JuCo und KiCo vorstellt.

1 Der Forschungsverbund „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“ setzt sich zusammen aus dem Institut für Sozial- und Organisationspädagogik an der Stiftung Universität Hildesheim und dem Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung an der Universität Frankfurt in Kooperation mit der Universität Bielefeld. Entstanden sind darin bisher die bundesweite Studie JuCo zu den Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen sowie die bundesweite Studie KiCo zu den Erfahrungen und Perspektiven von Eltern und ihren Kindern während der Corona-Maßnahmen. Die Ergebnispapiere der

Aufgabe von Organisationen und Politik – das Einlösen des Rechts auf Beteiligung

In den Medien, Berichterstattungen und politischen Überlegungen tauchen die Lebenslagen junger Menschen bisher nicht differenziert auf. Vor allem wurden sie in den ersten Monaten der Corona Pandemie unter dem Schlagwort „Homeschooling“ zum Gegenstand politischer Diskussionen oder als „Regelbrechende“ problematisiert.

Dass junge Menschen in politische Diskussion einbezogen und zu ihren Erfahrungen mit der Corona Pandemie befragt wurden, war jedoch äußerst selten (vgl. Andresen et al. 2020). Dies widerspricht dem Recht und Interesse junger Menschen, sich und ihre individuellen Sichtweisen mitzuteilen und sich an den politischen Diskussionen, die sie nachhaltig betreffen, zu beteiligen. Aus der Studie JuCo geht ein klares Signal hervor: Junge Menschen haben sich nicht ausreichend informiert, gehört und in ihren Sorgen und Bedürfnissen ernst genommen gefühlt.

Auch Eltern teilen dieses Gefühl, wie aus der Studie KiCo hervorgeht: Lediglich 13% der Eltern waren überzeugt, dass ihre Sorgen von (politisch) Verantwortlichen wahrgenommen und in deren Überlegungen einbezogen werden. Das Recht auf Beteiligung darf in Krisenzeiten zu keinem Zeitpunkt aus dem Blick geraten. Eine konsequente Umsetzung würde gleichzeitig dazu beitragen, Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung aufzufangen und das Vertrauen in politische Entscheidungsträger*innen stärken.

Infrastruktur, Übergänge, Zukunft – die sozialen Folgen der Corona-Pandemie

Junge Menschen in Bildungsübergängen sind derzeit besonders gravierend betroffen. Viele haben Zukunftsängste und sehen sich überfordert, den schulischen Anforderungen gerecht zu werden. Sie sind unsicher, ob sie die notwendigen Bildungsinhalte mitbekommen und die Verlagerung auf digitales Lernen angemessen bewältigen. Praktika sind vielfach ausgefallen, Auslandsaufenthalte konnten nicht angetreten werden, Qualifikationsziele nicht von allen in gleicher Form erreicht werden. Hier wird es noch Jahre dauern, bis dieses von vielen jungen Menschen wieder ausgeglichen werden kann. Weiterhin besteht häufig die Sorge um verfügbare Nebenjobs oder eine hauptberufliche Ein- und Anstellung z. B. nach dem Studium oder der Ausbildung. Diese Tendenzen unterstreichen die Unsicherheitsfaktoren im Leben junger Menschen, welche langfristige Auswirkungen haben können.

Geht es nun um den Ausgleich von Nachteilen aufgrund der Pandemie, so ist vordringlich darauf zu achten, dass junge Menschen beim „positionalen Wettbewerb um Bildungszertifikate“² nicht zusätzlich unter Druck geraten und sich soziale Benachteiligung verstärkt wird.

Auch für Familien bedeutet die Corona Pandemie ein Verlust an Handlungsspielräumen und Autonomie. Sie sind als soziale Institutionen von funktionierender Infrastruktur abhängig. Hinzu kommen für Familien Belastungen durch den Wegfall von Erwerbsmöglichkeiten, Kurzarbeit und anderen Einschränkungen am Arbeitsmarkt. Dieser ist immer ein zentraler Akteur für die Balancierung diverser Aufgaben und Erwartungen im Alltag von Familien

So ist ein sehr präsent Thema in der KiCo-Studie die weggebrochene Infrastruktur von Kinder- und Jugendhilfe und Schule. Darin verweisen die einen auf Übergänge, etwa die verschobene Eingewöhnung in die Kita, die anderen auf unklare Informationen. Auch die Jüngeren sind bzgl. Übergängen in ihrer Bildungsbiographie derzeit stark betroffen. Gleichzeitig ist die Situation von Familien sehr heterogen. Das ist von Rahmenbedingungen wie dem sozio-ökonomischen Status oder dem Wohnraum abhängig, ebenso wie von individuellen Arrangements der Einrichtungen und deren Verfügbar- und Erreichbarkeit.

Studien sind abrufbar unter <https://t1p.de/studien-corona>

2 Brown, P. (2004): Gibt es eine Globalisierung positionalen Wettbewerbs. In: Mackert, J. (Hrsg.): Die Theorie sozialer Schließung. Wiesbaden, S. 233 –256.

Digitalisierungsschub?! – Chancen und Herausforderungen für Organisationen

In kürzester Zeit hat sich die Kommunikation, ebenso wie das Lernen und Arbeiten auf mehreren Ebenen ins Digitale verlagert: Das persönliche Leben, Freundschaften und Familienbeziehungen ebenso wie Arbeit, Ausbildung, Studium und Schule. Zwar gaben bei JuCo mit 99,2% nahezu alle jungen Menschen an, ein eigenes Gerät zu besitzen, jedoch sind die verfügbaren Geräte nicht unbedingt für jeden Kontext gleich gut nutzbar, die Internetverbindungen nicht immer stabil genug oder das Datenvolumen nicht für jede Tätigkeit ausreichend.

Genauso wie Organisationen und Bildungseinrichtungen konnten sich auch nicht alle junge Menschen schnell auf eine solche Digitalisierung einstellen. Junge Menschen verbringen zwar viel Zeit mit Medien, jedoch in ganz unterschiedlicher Weise. Digitale Skills sind zu einem wichtigen Zugang gesellschaftlicher Teilhabe geworden, über die nicht alle Familien und jungen Menschen gleichermaßen verfügen. Es kann auch nicht per se von einer gleich verteilten digitalen Medienausstattung aller jungen Menschen und Familien sowie Organisationen ausgegangen werden, um z. B. Homeschooling und Homeoffice ermöglichen und umsetzen zu können.

Insgesamt konnten die Potenziale der Digitalisierung in Kindheit, Jugend und jungen Erwachsenenalter nur sehr unterschiedlich ausgeschöpft werden. Bereiche der sozialen Infrastruktur von jungen Menschen, wie z. B. die kommunale Kinder- und Jugendhilfe, aber auch Schulen und Universitäten, haben dabei einen Nachholbedarf im Bereich der Digitalisierung offensichtlich werden lassen. Junge Menschen müssen darin adäquat gefördert und daran beteiligt werden, wie und in welchem Maße Digitalisierung im institutionellen Gefüge gelingen kann.

Gleichzeitig gilt es den Kinderschutz online auszubauen und starke Konzepte zu entwickeln sowie die Möglichkeiten für Beratung – auch Berufsberatung – digital sicherzustellen und bekannt zu machen.

Vielfalt von Lebenslagen junger Menschen und Familien – Abbildung in Politik und Forschung

Die anfangs getroffenen Regelungen und Maßnahmen waren oftmals für bestimmte Zielgruppen und Lebensformen nicht umsetzbar. Hier zeigte sich, dass Politik bestimmte Lebenssituationen von Personen nicht im Blick hatte. Hierauf machen die jungen Menschen in der JuCo Studie aufmerksam.

Gerade Personen und Familien, die marginalisiert sind und unter prekären Lebensbedingungen leben (z. B. junge Wohnungslose, Care Leaver*innen oder junge Menschen mit Behinderungen) sowie alternative Lebensformen neben der sog. Kleinfamilie (z. B. stationäre Wohngruppen, Fernbeziehungen oder größere WGs) waren nicht im Blick. Junge Menschen, die allein leben, die sich in einer betreuten Wohnform (Jugendwohngruppen) oder in Konfliktsituationen mit Erwachsenen in ihrem Umfeld befinden, werden bisher kaum gesehen.

Das Zuhause ist maßgeblich auch durch die finanziellen Ressourcen geprägt, diese Abhängigkeit hat sich insbesondere in sogenannten Bedarfsgemeinschaften in den letzten Monaten noch verschärft. Und gerade die Gruppe der Ein-Eltern-Haushalte gibt in der KiCo Studie ebenfalls an, die größten Geldsorgen zu haben.

Was für die Maßnahmen und Politik gilt, ist auch ein Auftrag an die Forschung: Es werden kaum Menschen in prekären Lebenssituationen erreicht. Die online-Fragebögen waren nicht barrierefrei, sodass nicht alle jungen Menschen und Familien teilnehmen konnten. Es ist vor diesem Hintergrund ein wichtiger Auftrag, Menschen in prekären Lebenssituationen in Forschung und Politik sichtbarer zu machen und bedarfsgerecht zu unterstützen.

Ableitungen für einen konzeptionell angelegten Nachteilsausgleich

Angesichts der Vielfältigkeit der Folgen der Pandemie für junge Menschen plädieren wir dafür, dass eine ad-hoc-Sachverständigen-Kommission unter Beteiligung von jungen Menschen von der Bundesregierung eingesetzt wird, die noch in diesem Jahr einen Maßnahmenkatalog für den Nachteilsausgleich in Bezug auf Kindheit, Jugend und junge Erwachsenenalter erarbeitet und im Zuge einer Bedarfserhebung einen Bericht zu den Folgen der Pandemie für junge Menschen erstellt.

Die Kommission sollte durch das Bundesjugendkuratorium beraten und von einer Forschungseinrichtung unterstützt werden.

Insgesamt bedarf es unterschiedlichster Maßnahmen und Pakete, da die Lebenskonstellationen, Ressourcen und familiären Situationen hochgradig unterschiedlich sind. Dennoch lassen sich Kernbereiche bestimmen, entlang derer kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zu entwickeln sind.

- ✓ **Priorität für die Förderung der Entwicklung von jungen Menschen sowie Kinderschutz in den Verfahren verankern:** Umsetzung der Schutz, Beteiligungs- und Förderrechte von jungen Menschen auch in Zeiten einer Pandemie im institutionellen Gefüge des Aufwachsens, z. B. in der Angebotsstruktur von Kitas, Bildungseinrichtungen oder der Kinder- und Jugendhilfe. Es gilt die Frage zu prüfen, wie krisenfest die Formate zur Sicherung der Kinderrechte in der Infrastruktur für junge Menschen sind.
- ✓ **Digitalisierung und Infrastrukturen weiterentwickeln:** In den Angeboten und Hilfen sind die digitalen Ressourcen im Interesse von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu erweitern, um die Möglichkeiten für Hilfe und soziale Teilhabe auch unabhängig der aktuellen Pandemie zu verbessern.
- ✓ **Junge Menschen in prekären Lebenslagen besser absichern:** Entwicklung von Maßnahmen, so dass z. B. (junge) Wohnungslose oder junge Menschen, die in Einrichtungen stationärer Erziehungshilfen aufwachsen sowie Ein-Eltern-Familien oder junge Geflüchtete durch die Folgen der Pandemie nicht weiter sozial benachteiligt werden.
- ✓ **Beratung und soziale sowie materielle Unterstützung:** Vorhalten niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote für junge Menschen angesichts sozialer Unsicherheiten und in der Übergangsgestaltung; Unbürokratische Bereitstellung flexibler Sofortmaßnahmen z. B. technische Geräte, finanzielle Unterstützung etc.
- ✓ **Nachhaltige Bildungsplanung und -förderung:** Entwicklung eines Monitorings und Unterstützungsangebots zum langfristigen Ausgleich von Beschränkungen während der Pandemie, z. B. in Bezug auf das Nachholen von Qualifikationen, Auslandserfahrungen, Praktika oder Übergänge ins Arbeitsleben.
- ✓ **Informationen und Beratung für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene sicherstellen und klären, welche bürokratischen Hürden für eine gelingende Unterstützung abgebaut werden müssen.**
- ✓ **Sicherstellen, dass der professionelle soziale Kontakt zu Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor Ort gewährleistet ist.**
- ✓ **Sicherstellen, dass Hygiene- und Quarantänemaßnahmen mit Kinderschutz korrespondieren.**

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die nachhaltige Bearbeitung der Folgen der Pandemie in Kindheit, Jugend und dem jungen Erwachsenenalter erst noch beginnen muss und dafür eine eigene Struktur geschaffen werden muss, die auch über die Krise hinaus die Folgen sozial ausgleicht.

